

# **BVS**

# **STIMMUNGS**

# **BAROMETER**

# 2026



Transparente Kommunikation, Digitalisierung,  
Nachhaltigkeit und Kompetenz: Was die Menschen  
in Bayern von ihrer Verwaltung vor Ort erwarten.



# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die bayerische Verwaltung steht vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die Digitalisierung inklusive des Vorschreitens Künstlicher Intelligenz, weltweite Umbrüche und gestiegene Erwartungen in der Bevölkerung erfordern entschlossenes Handeln. Doch was erwarten die Menschen konkret von ihrer kommunalen Verwaltung? Wo sehen sie die dringendsten Änderungs- oder Verbesserungspotenziale?

Um diese Fragen fundiert zu beantworten, haben wir im Herbst 2025 eine Umfrage unter 1.000 wahlberechtigten Bürgern aus allen Altersgruppen und den sieben Regierungsbezirken im Freistaat in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse sind in mancher Hinsicht überraschend. Während die Zufriedenheit mit Behördenkontakten erfreulich hoch ausfällt, zeigen sich in anderen Bereichen deutliche Handlungsbedarfe. Kommunikation und Transparenz werden als zentrale Herausforderungen benannt, wirtschaftliche Perspektiven – besonders im ländlichen Raum – bewegen die Menschen intensiv. Die Digitalisierung wird mehrheitlich befürwortet, aber mit klaren Erwartungen an Sicherheit, Transparenz und Bürgernähe verknüpft.

Bemerkenswert ist die thematische Vielfalt: Von Arbeitsplatzsicherheit über Fördermittelkompetenz bis zu Öffnungszeiten und Gleichstellung – die Menschen erwarten zurecht, dass Verwaltung auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig Leistung erbringt.



Dieser Report fasst die wichtigsten Erkenntnisse zusammen und zeigt konkrete Handlungsfelder auf. Er ist ein Auftrag an uns alle, die in und mit der öffentlichen Verwaltung arbeiten. Die Bayerische Verwaltungsschule sieht es seit ihrer Gründung vor über 100 Jahren als ihre Aufgabe an, kommunale Verwaltungen im Freistaat als strategische Partnerin zu stärken und für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen.

Ich danke allen Teilnehmenden für ihre ehrlichen Antworten und lade Sie herzlich ein, sich ein eigenes Bild von den Erwartungen, Sorgen und Wünschen der Bürger in Bayern zu machen.

Mit herzlichen Grüßen

Hans-Christian Witthauer  
Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule

# Methodologie

Der vorliegende Report basiert auf einer Umfrage von Arlington Research im Auftrag der BVS. Befragt wurden 1.000 wahlberechtigte Personen ab 18 Jahren aus allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Die Geschlechterverteilung war nahezu ausgeglichen, mit 51 Prozent weiblichen und 49 Prozent männlichen Teilnehmenden. Die Befragten lebten annähernd gleichverteilt in unterschiedlichen Siedlungsstrukturen: 28 Prozent in Großstädten, 22 Prozent in mittelgroßen Städten, 23 Prozent in Kleinstädten sowie 27 Prozent im ländlichen Raum. Die Mehrheit der Teilnehmenden war vollzeitbeschäftigt (51 Prozent).

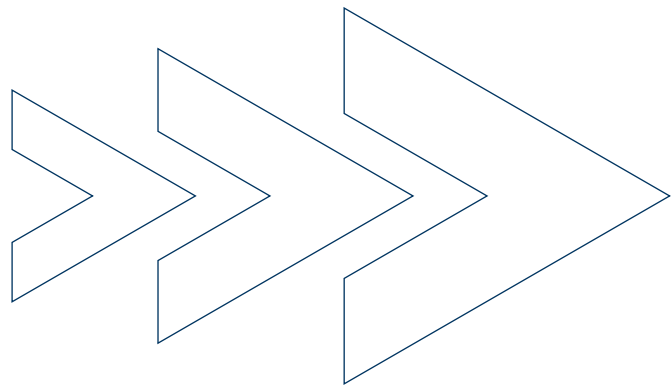
Die Erhebung fand im Herbst 2025 statt. Zusätzlich wurden fünf Bürgermeister bayerischer Gemeinden hinsichtlich ihrer Perspektive auf Themen wie Digitalisierung, Fachkompetenzen der Verwaltungsmitarbeitenden und den Bedürfnissen der Bürger in ihrem Zuständigkeitsbereich im Rahmen qualitativer Interviews befragt. Der folgende Report enthält anonymisierte Zitate aus diesen Befragungen.

\*Alle Personenbezeichnungen in diesem Report sind geschlechtsneutral zu verstehen.

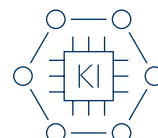


# Inhalt

Vorwort .....	3
Methodologie .....	4
1. Digitalisierung und E-Government .....	6
2. Künstliche Intelligenz: Chancen mit klaren Grenzen .....	12
3. Kommunikation und Transparenz: Die Kernherausforderung .....	16
4. Behördendienste: Nutzungsverhalten und Zufriedenheit .....	18
5. Wirtschaft, Arbeitsplätze und der ländliche Raum .....	20
6. Forderung nach Förderung .....	24
7. Klimaschutz und Umweltthemen .....	26
8. Weitere Verwaltungsthemen .....	28
9. Konkrete Wünsche der Bürger .....	31
Fazit und Handlungsempfehlungen .....	32
Regionale Spitzenwerte .....	35

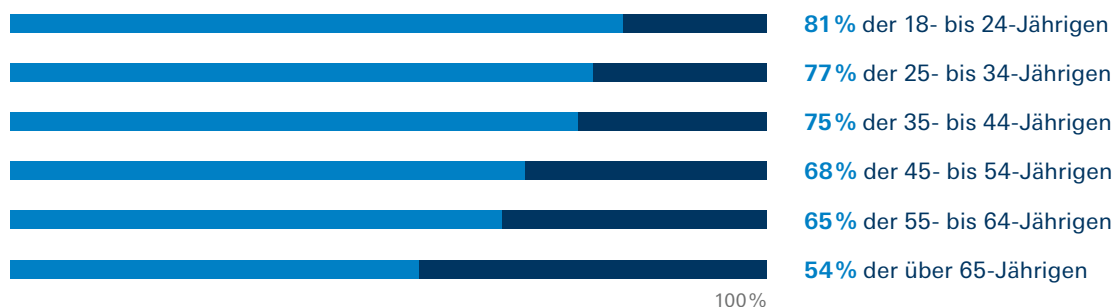


# 1. Digitalisierung und E-Government



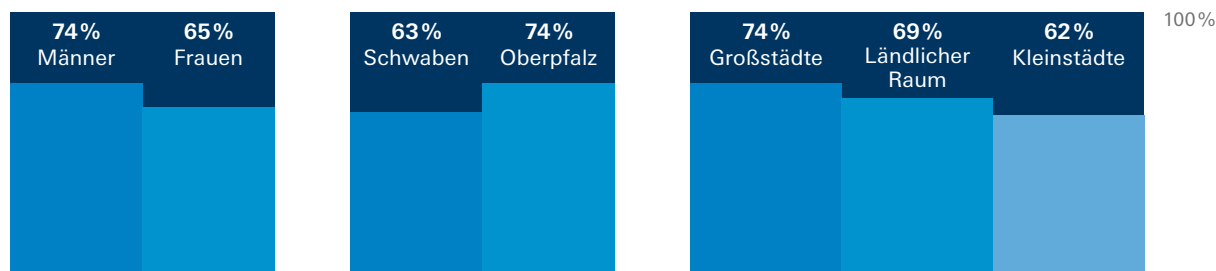
## Zwischen Erwartung und Wirklichkeit

Die Digitalisierung der Verwaltung ist ein zentrales Modernisierungsthema, das die Bürger mit klaren Erwartungen verbinden. Dabei stehen die Umfrageteilnehmenden mit 70 Prozent der Digitalisierung und dem Einsatz von KI grundsätzlich positiv gegenüber. Jedoch zeigen sich hier deutliche Unterschiede bei der Altersverteilung:

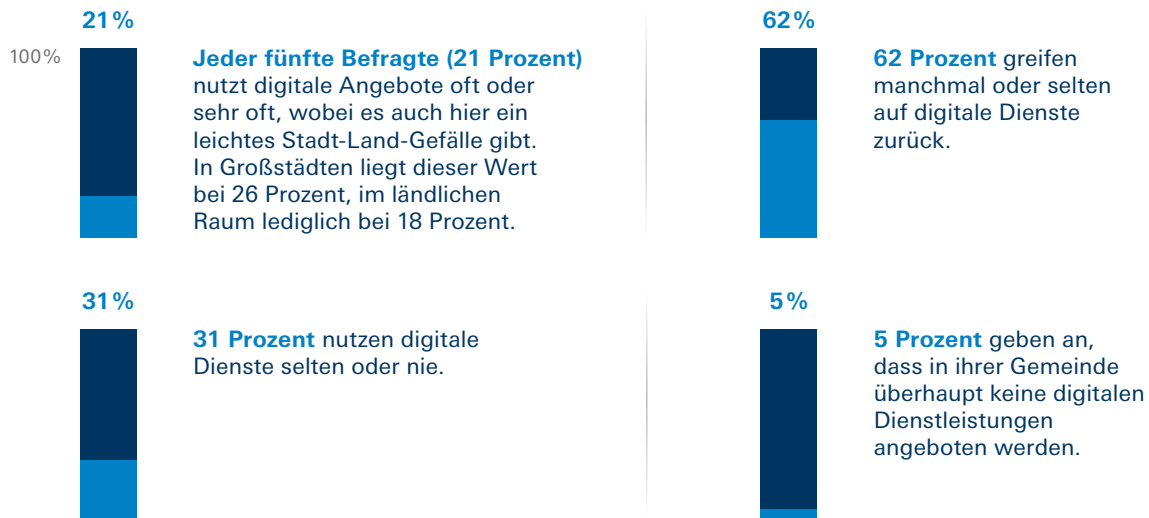


Die grundsätzlich positive Einstellung zur Digitalisierung und dem Einsatz von KI nimmt erwartungsgemäß mit zunehmendem Alter der befragten Bürger ab.

Zudem interessant: Männer stehen mit 74 Prozent der Digitalisierung und dem Einsatz von KI deutlich positiver gegenüber als Frauen mit nur 65 Prozent. Auch in den Regierungsbezirken (positive Einstellung in Schwaben bei lediglich 63 Prozent, in der Oberpfalz hingegen 74 Prozent) sind hier deutliche Unterschiede zu verzeichnen. Zu erwarten war das Stadt-Land-Gefälle: Knapp drei Viertel der Befragten in Großstädten (74 Prozent) stehen 69 Prozent im ländlichen Raum beziehungsweise 62 Prozent in Kleinstädten gegenüber.



## Nutzung digitaler Dienste:



Knapp jeder dritte (29 Prozent) der 25- bis 34-Jährigen nutzt digitale Dienste oft oder sehr oft, bei den über 65-Jährigen sind es lediglich 16 Prozent. Darüber hinaus offenbart sich ein gewisses Stadt-Land-Gefälle. Während in Großstädten 26 Prozent digitale Dienste oft, wenn nicht sehr oft, nutzen, sind es in Kleinstädten und im ländlichen Raum lediglich 16 Prozent respektive 18 Prozent. Gleichzeitig nutzt in kleineren Städten und im ländlichen Raum einer von fünf Bürgern nie irgendwelche digitalen Dienstleistungen (22 Prozent und 20 Prozent). Allerdings werden hier bei 8 Prozent beziehungsweise 7 Prozent keine derartigen Dienste angeboten.

## Digitale Services: Hoffnungen, Erwartungen und Ängste

2/3

**Fast zwei Drittel (65 Prozent) der Umfrageteilnehmenden** möchten ihre Anliegen so weit wie möglich online erledigen können. Diese Zustimmungsrates deckt sich exakt mit einer aktuellen Bitkom-Studie<sup>1</sup>, die zu dem Ergebnis kam, dass 65 Prozent der Umfrageteilnehmer in ganz Deutschland den Wunsch hegen, dass die Verwaltung Vorreiter bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz zur Bearbeitung von Anträgen wird.

**Knapp mehr als die Hälfte der Befragten (51 Prozent)** fordern, dass Gemeinden deutlich mehr digitale Dienste für Bürger anbieten sollten. Männer fordern dies mit 57 Prozent deutlich häufiger als Frauen (44 Prozent). Außerdem ist bei diesem Punkt die Zustimmungsrates bei den Beschäftigten in Vollzeit (56 Prozent) und Selbstständigen (62 Prozent), wahrscheinlich aufgrund eingeschränkter zeitlicher Kapazitäten, am höchsten.



<sup>1</sup> <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitale-Verwaltung-Zwei-Drittel-moechten-Antraege-von-KI-bearbeitet-werden>

1/2

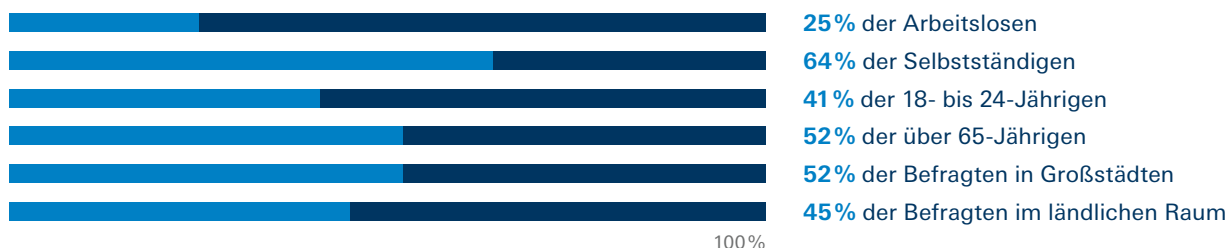
**50 Prozent** sind deutlich der Überzeugung, dass mehr Digitalisierung bei den Behörden sowohl bürgerfreundliche Prozesse als auch Zeitersparnis bedeutet. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern (Männer 56 Prozent, Frauen 45 Prozent) und darüber hinaus in den Regierungsbezirken (Oberpfalz 58 Prozent, Schwaben 46 Prozent).



Alle befragten Bürgermeister benennen Digitalisierung als zentralen Hebel, aber gleichzeitig auch als großen Bremsklotz – insbesondere aufgrund uneinheitlicher Standards, Personal-mangel und sogenannter Medienbrüche. Letztere entstehen, wenn digitale Prozesse unterbrochen werden. Ein Beispiel: Bürger stellen zwar online Anträge, doch zur weiteren Bearbeitung müssen diese ausgedruckt oder manuell in ein anderes System übertragen werden – ein typisches Ergebnis regionaler Insellösungen mit inkompatibler Software.

„Wir haben eine unglaubliche Kleinstaaterei in der Digitalisierung – wir machen alles hundertmal. Das ist Wahnsinn.“ – Bürgermeister aus der Oberpfalz

**Knapp die Hälfte der Befragten (48 Prozent)** wünscht sich wesentlich mehr politisches Engagement für die Digitalisierung der gesamten Verwaltung. Bei Arbeitslosen liegt dieser Wert lediglich bei 25 Prozent, wohingegen 64 Prozent der Selbstständigen diesen Wunsch hegen. Interessant auch: Während bei den 18- bis 24-Jährigen nur 41 Prozent diese Forderung stellen, sind es bei den über 65-Jährigen mehr als die Hälfte (52 Prozent). Auch zwischen Befragten in Großstädten (52 Prozent) und im ländlichen Raum (45 Prozent) gibt es nennenswerte Unterschiede.



**43 Prozent** sind der starken Überzeugung, dass der digitale Personalausweis zum Standard werden sollte. Überraschenderweise liegt hier der Wert bei den über 65-Jährigen (50 Prozent) weit höher als bei den 25- bis 34-Jährigen (35 Prozent).

### Politische Relevanz:

**Mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Bürger** würde aus starker Überzeugung eher einen lokalen Politiker wählen, der sich für die Digitalisierung der Verwaltung einsetzt. Selbstständige liegen hier bei den erwerbstätigen Befragten sogar bei einem Zustimmungswert von 49 Prozent. Insgesamt zeigt sich hier ein bemerkenswertes Gefälle bei Alter und Geschlecht. So vertreten bei den 18- bis 24-Jährigen lediglich 34 Prozent diese Auffassung, während es bei den über 65-Jährigen 42 Prozent sind. Anteilig ist dieser Punkt für Männer mit 44 Prozent offensichtlich wesentlich wichtiger als für Frauen (30 Prozent).



### Digitale Überforderung:

Während ein Großteil der Befragten dem Thema Digitalisierung und Einsatz von KI-Tools in ihren Behörden positiv gegenüber eingestellt ist, fühlt sich **nahezu ein Viertel der befragten Bürger (24 Prozent)** mit dem Wechsel zu mehr digitalen Behördendiensten bereits überfordert. Hier zeigt sich bei der prozentualen Verteilung ein eindeutiges Generationengefälle, wenngleich anders als erwartet:



Auch zwischen den Regierungsbezirken gibt es Unterschiede bei der Zustimmungsrate:



Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, zeigen sich interessante Unterschiede zwischen den Geschlechtern, denn die Hälfte der Männer (50 Prozent) und nur 39 Prozent der Frauen geben an, sich nicht überfordert zu fühlen. Darüber hinaus fühlen sich Selbstständige (62 Prozent) offensichtlich weniger überfordert als Beschäftigte in Vollzeit mit 45 Prozent beziehungsweise Beschäftigte in Teilzeit mit einem Anteil von gerade einmal 31 Prozent.

**Kompetenzbedarf in der Verwaltung:**

1/2

**Genau die Hälfte (50 Prozent) der Umfrageteilnehmenden sehen einen starken Nachholbedarf** bei den digitalen Kompetenzen der Verwaltungsangestellten. In Mittel- und Unterfranken wird dies mit jeweils 55 Prozent am häufigsten bejaht, in Oberfranken mit 43 Prozent am wenigsten. Der Grad an Zustimmung ist offensichtlich deutlich an das Alter gekoppelt. Während lediglich 40 Prozent der 25- bis 34-Jährigen dieser Auffassung sind, liegt der Anteil bei den über 65-Jährigen bei 55 Prozent.



In der qualitativen Befragung der Bürgermeister werden die Auswirkungen des Fachkräftemangels besonders hervorgehoben. Einer der Interviewten aus Schwaben formuliert es drastisch:

„Wir haben inzwischen mehr als 80 Prozent Bewerber ohne Verwaltungsausbildung – das ist ein echtes Risiko.“



## 2. Künstliche Intelligenz: Chancen mit klaren Grenzen



Wie die bereits erwähnte Bitkom-Studie<sup>2</sup> ergeben hat, wünscht sich die Mehrheit der Bürger in Deutschland, dass Ämter und Behörden KI zur Bearbeitung von Anträgen einsetzen. Dabei wollen sieben Prozent, dass bei einem eigenen Antrag die KI diesen selbsttätig prüft und auch über ihn entscheidet, 17 Prozent, dass die KI die Prüfung vornimmt, letztlich aber ein Mensch über Anträge entscheidet und 39 Prozent hätten gerne, dass wie bisher ein Mensch für Prüfung und Entscheidung zuständig ist, aber eine KI das Ergebnis noch einmal kontrolliert.



Auch in Bayern sind die Wahlberechtigten gegenüber einer zunehmenden Digitalisierung der Verwaltung und dem Einsatz Künstlicher Intelligenz grundsätzlich mehrheitlich sehr aufgeschlossen. Doch gerade, was die Nutzung von KI angeht, gibt es neben großer Hoffnung in deren Potenzial auch die Forderung nach Transparenz und eine latente Sorge, die Kontrolle über das eigene Handeln und sensible Daten aus der Hand zu geben.

54%

**Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Umfrageteilnehmenden** sehen in der kompetenten Nutzung von KI ein starkes Potenzial für den effektiven Ausbau der Infrastruktur. Allerdings gibt es hier einen deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während 62 Prozent der Männer diese Auffassung teilen, sind es bei den Frauen lediglich 46 Prozent. Auch bei der Betrachtung der Regierungsbezirke zeichnen sich unterschiedlich hohe Zustimmungswerte ab. Vertritt in Mittelfranken nur knapp die Hälfte (48 Prozent) diese Meinung, sind es in der Oberpfalz 60 Prozent.



Alle befragten Bürgermeister fordern gemeinsame Standards, ein bayernweites Rechenzentrum, KI-basierte Prozessautomatisierung und weniger „digitalen Flickenteppich“:

„Ich möchte endlich eine digitale Rendite sehen. Bisher sparen wir weder Zeit noch Personal.“ – Bürgermeister aus der Oberpfalz

**Ebenfalls mehr als die Hälfte (59 Prozent)** der befragten Bürger befürwortet den Einsatz von KI und Automatisierung zur automatischen Bearbeitung von Formularen oder Anträgen. Selbstständige stimmen diesem Punkt mit 63 Prozent am häufigsten zu.

Tatsächlich sehen alle interviewten Bürgermeister KI als Schlüsseltechnologie an, durch deren Einsatz die Verwaltung zukünftig massiv entlastet werden könnte. Einer beschreibt seine konkrete Vision so:

„Der digitale Bauantrag soll von KI geprüft werden – der Sachbearbeiter schaut dann nur noch drüber und entscheidet.“ – Bürgermeister aus Oberbayern



**Gleichzeitig bestehen deutliche Bedenken und Forderungen:**

**Drei Viertel der Umfrageteilnehmenden (75 Prozent)** erwarten, dass Behörden unbedingt über jeden Einsatz von Künstlicher Intelligenz informieren sollen – egal wo und wie sie genutzt wird. Hier zeigt sich erneut eine unterschiedliche Wahrnehmung einzelner Altersgruppen. So stimmen zwar auch 64 Prozent der 18- bis 24-Jährigen dieser Forderung zu, bei den 55- bis 64-Jährigen sind es allerdings ganze 81 Prozent. Auch in den einzelnen Regierungsbezirken gibt es teilweise erhebliche Unterschiede. Erwarten in der Oberpfalz mehr als drei Viertel der Befragten (80 Prozent) hier umfassende Transparenz, sind es in Mittelfranken lediglich 66 Prozent.



**Fast der Hälfte (48 Prozent)** der Befragten macht der Gedanke, sich bald nur noch auf Technologie und KI in Behörden verlassen zu müssen, sogar Angst. Auch hier wird die Korrelation zwischen Alter und Besorgnis deutlich. Unter den Umfrageteilnehmenden zeigt sich: Je älter, umso ängstlicher (bis auf eine Ausnahme unter den 45- bis 54-Jährigen). Dieser Gedanke ängstigt:



Frauen sind bei diesem Thema mit einem Zustimmungswert von 51 Prozent offensichtlich etwas ängstlicher als Männer (44 Prozent). Befragte im Ruhestand machen sich dabei mit 53 Prozent die größten, Selbstständige mit 33 Prozent die geringsten Sorgen.



**Nahezu die Hälfte der befragten Bürger (47 Prozent)** sorgt sich um die Sicherheit ihrer Daten. Diese Angst treibt Ältere ab 65 mit einer Zustimmungsrate von 50 Prozent erwartungsgemäß stärker um als die jüngsten Umfrageteilnehmenden im Alter zwischen 18 und 24 (40 Prozent). Auch in den Regierungsbezirken ist diese Sorge teilweise recht unterschiedlich ausgeprägt. Während in Unterfranken nur 36 Prozent Bedenken hinsichtlich der Datensicherheit hegen, sind es in der Oberpfalz 50 Prozent.



45%

**45 Prozent der Befragten** fordern eine eingeschränkte Nutzung von KI durch Behörden. Auch hier ist eine eindeutige Verbindung zwischen dem Alter der Befragten und den Bedenken gegenüber dieser Zukunftstechnologie erkennbar:



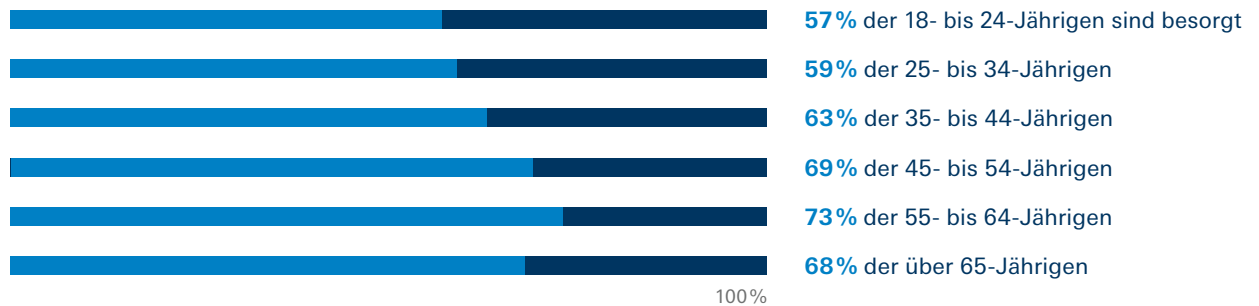
Bewohner von Kleinstädten sind dabei mit einer Zustimmungsrate von 46 Prozent ein Stück weit besorgter als die in Großstädten (41 Prozent). Ebenso Menschen im Ruhestand mit 52 Prozent gegenüber Vollzeitbeschäftigten mit 42 Prozent.



### Cybersicherheit als Sorgenfaktor:

2/3

**Fast zwei Drittel (65 Prozent)** der Umfrageteilnehmenden finden es besorgniserregend, dass Cyberangriffe zu lokalen oder regionalen Ausfällen bei der Versorgung mit Strom oder Wasser führen könnten. Bei diesem Thema steigt, mit einer Ausnahme, die Unsicherheit mit wachsendem Alter der Befragten. Lediglich bei den über 65-Jährigen nimmt der Wert im Vergleich zur Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen ab:



Selbstständige bilden hier mit einer Zustimmungsrate von 78 Prozent die Berufsgruppe, bei der diese Sorge am häufigsten geäußert wird. Bei den Regierungsbezirken teilen in der Oberpfalz mit 71 Prozent am meisten Befragte diese Bedenken.



**Die Botschaft ist klar:  
KI-Einsatz ja – aber  
transparent, sicher und  
mit klaren Grenzen.**

# 3. Kommunikation und Transparenz: Die Kernherausforderung



## Bürger wünschen sich Dialog statt Einbahnstraßenkommunikation

Die externe Kommunikation mit ihren Bürgern kristallisiert sich als die dringendste einer ganzen Reihe von Handlungsfeldern für lokale Verwaltungen heraus. **Knapp jeder fünfte Befragte (18 Prozent)** erachtet eine transparente Kommunikation der Behörden mit ihnen als wichtigste Herausforderung – mehr als jedes andere Thema. Bei Mehrfachnennungen steigt dieser Wert sogar auf **39 Prozent**.

Das Erleben mangelnder Transparenz und Information wird durch folgende Zahlen deutlich:

2/3

**Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent)** wissen oft gar nicht, wie es zu den politischen Entscheidungen in ihrer Gemeinde kommt, die dann ihr Leben direkt betreffen. In Oberfranken ist dieser Eindruck mit einer Zustimmung von 72 Prozent am höchsten. Auch scheinen jüngere Menschen dieses Informationsdefizit stärker zu empfinden als ältere: Bei den 25- bis 34-Jährigen liegt der Zustimmungswert bei 69 Prozent, während dieser bei den über 65-Jährigen lediglich 55 Prozent beträgt.



Initiativen lokaler Verwaltungen hin zu einer modernen Bürgerkommunikation (etwa Erklärvideos nach Stadtratssitzungen, Krisenkommunikation per Social Media, Bürger-Apps oder persönliche Bürgersprechstunden) werden laut den befragten Bürgermeister in der Regel sehr gut von den Bürgern auf- und angenommen. Deshalb ist transparente, proaktive Kommunikation aktuell eines der zentralen und wichtigsten Governance-Werkzeuge:

„Wenn die Bürger wissen, wie eine Entscheidung zustande gekommen ist, gibt es viel weniger Gerüchte.“  
– Bürgermeister aus Schwaben



**Nahezu die Hälfte der Umfrageteilnehmenden (46 Prozent)** ist unsicher, welche Onlinedienste ihre lokalen Behörden überhaupt anbieten. In Oberfranken ist die Unsicherheit im bayerischen Vergleich mit 57 Prozent am höchsten, in Unterfranken mit 41 Prozent am niedrigsten. Insgesamt ist bei diesem Thema ein recht deutlicher Stadt-Land-Unterschied zu verzeichnen. So sind sich in Großstädten bei diesem Thema 40 Prozent der Befragten unsicher, während es im ländlichen Raum gut die Hälfte (52 Prozent) ist.



62%

**Knapp zwei Drittel (62 Prozent)** stimmen der Forderung zu, besser über digitale Zukunftsprojekte wie Internetausbau und Ladesäulennetze informiert zu werden. Hier ist der Zustimmungswert bei den über 65-Jährigen mit 66 Prozent am höchsten.

Diese Zahlen liefern ein eindeutiges Signal: Die Bevölkerung fordert mehr Aufklärung – sowohl über die Beweggründe politischer Entscheidungen und Zukunftsprojekte in ihrer Gemeinde als auch über die technischen Möglichkeiten, die ihnen dadurch zugänglich werden.



Transparente Kommunikation mit Bürgern

# 4. Behördendienste: Nutzungsverhalten und Zufriedenheit

## Hohe Inanspruchnahme trifft auf breite Zufriedenheit – aber auch auf Kritik

Die Mehrheit der bayerischen Bürger nimmt aktiv Kontakt zu ihrer lokalen Verwaltung auf. **61 Prozent der Befragten** haben in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal Dienste ihrer lokalen Behörden in Anspruch genommen – sei es telefonisch, persönlich oder online. Erwartungsgemäß gibt es Ausreißer bei den jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren (51 Prozent) sowie den über 65-Jährigen (50 Prozent).

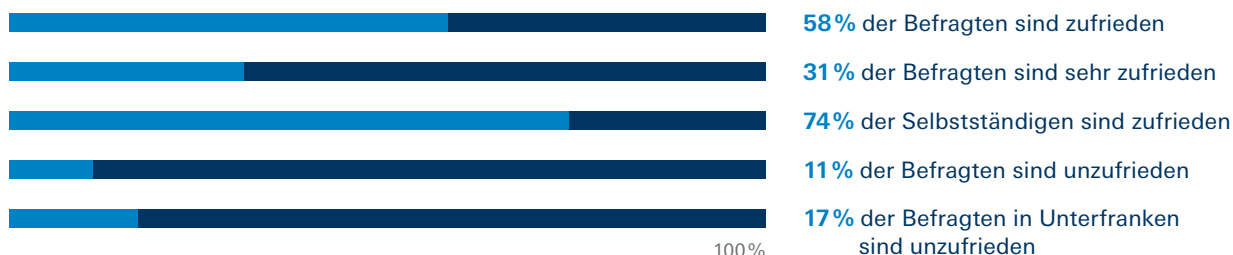


Berufstätige in Vollzeit haben mit 70 Prozent am häufigsten lokale Behördendienste im genannten Zeitraum in Anspruch genommen, von den Ruheständlern nicht einmal die Hälfte (45 Prozent).



# 89%

Die gute Nachricht dabei: Die Zufriedenheit mit den erlebten Behördenkontakten fällt erfreulich hoch aus: **89 Prozent der befragten Bürger** zeigen sich zufrieden (58 Prozent) oder sehr zufrieden (31 Prozent) mit den von ihnen gemachten Erfahrungen. Lediglich die Berufsgruppe der Selbstständigen fällt mit nur 74 Prozent zufriedener Nutzer deutlich aus dem Raster. Nur elf Prozent insgesamt äußerten Unzufriedenheit. Der höchste Grad an Unzufriedenheit wird in Unterfranken geäußert (17 Prozent).

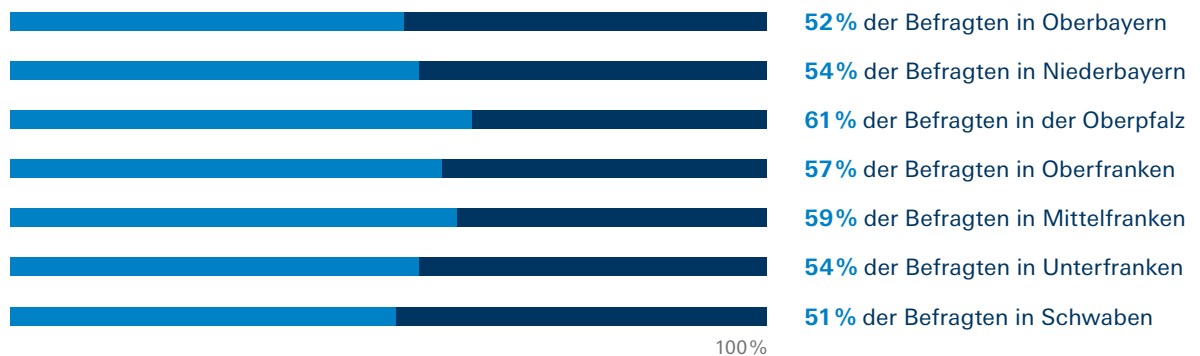




Jedoch beklagen gleichzeitig **55 Prozent der Befragten**, dass verfügbare Termine und Öffnungszeiten es für sie schwierig machen, ihre Anliegen zu erledigen. Beschäftigte in Vollzeit und Selbstständige zeigen hier erwartungsgemäß den größten Unmut (respektive 63 Prozent und 62 Prozent), während nur 24 Prozent der Menschen im Ruhestand, die naturgemäß wesentlich mehr verfügbare Zeit haben, dies beklagen.



Die Zustimmung in diesem Punkt zeigt sich in den einzelnen Regierungsbezirken teilweise unterschiedlich:



Verwaltungen sind traditionell stabilitätsorientiert, die Welt wird jedoch insgesamt immer dynamischer. Das spiegelt sich auch in den Antworten der befragten Bürgermeister wider, die von ihren Mitarbeitern neben zugewandter Kommunikation und sozialen Kompetenzen mehr Eigeninitiative, intrinsische Motivation und lösungsorientierte, pragmatische Herangehensweisen anstatt des Anwendens von Standardprozeduren fordern.

„Verwaltung muss flexibler werden, aber viele wollen das nicht.“ – Bürgermeister aus Oberfranken

Ein Grund für eine eventuell bestehende Diskrepanz der jeweiligen individuellen Erwartungen von Bürgermeistern und Verwaltungskräften könnte auch eine gewisse Zukunftsangst sein:

„Manche haben Angst, dass Digitalisierung ihre Rolle überflüssig macht.“ – Bürgermeister aus Schwaben

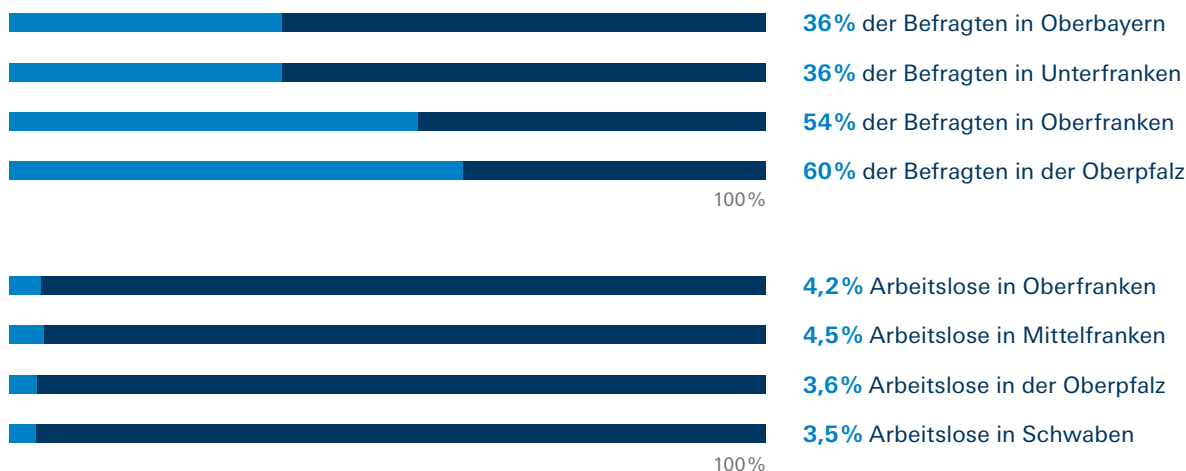
# 5. Wirtschaft, Arbeitsplätze und der ländliche Raum

## Existenzielle Sorgen um wirtschaftliche Perspektiven

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung von Arbeitsplätzen bewegen die Umfrageteilnehmenden intensiv – besonders im ländlichen Raum, der in der Regel wesentlich konjunkturschwächer ist als Gegenden mit stärkerer urbaner Prägung. Dass zeigt sich auch in den Arbeitslosenquoten<sup>3</sup> der einzelnen Regierungsbezirke und Landkreise deutlich.

### Arbeitsplätze als zentrale Zukunftsfrage:

**Mehr als jeder dritte Befragte (42 Prozent) sieht bei sich vor Ort immer weniger Arbeitsplätze.** In Oberbayern und Unterfranken sind lediglich jeweils 36 Prozent dieser Auffassung, wohingegen in Oberfranken (54 Prozent) und besonders in der Oberpfalz (60 Prozent) deutlich mehr Bürger diesen Eindruck teilen. Diese lokale Wahrnehmung deckt sich zum Teil mit den herrschenden Arbeitslosenzahlen in den einzelnen Regierungsbezirken. Während Oberfranken mit 4,2 Prozent nach Mittelfranken (4,5 Prozent) tatsächlich den zweithöchsten Wert im Freistaat aufweist, hat die Oberpfalz nach Schwaben (3,5 Prozent) mit 3,6 Prozent aktuell (Stand: 11/2025) die niedrigste Arbeitslosenquote zu beklagen.

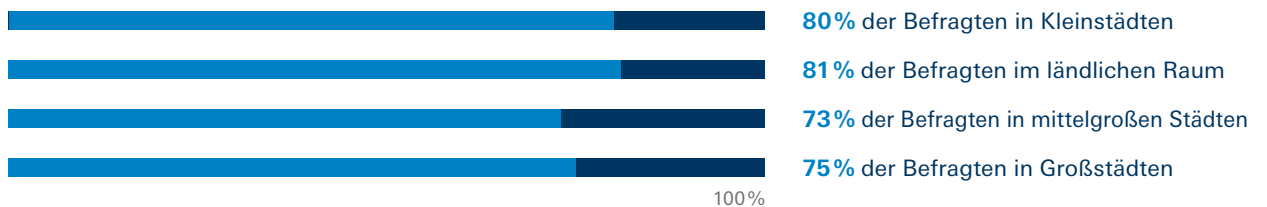


**Ein weiteres Gefälle zeigt** sich auch in der direkten Stadt-Land-Verteilung: In Großstädten sind mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Auffassung, dass es vor Ort immer weniger Arbeitsplätze gäbe. In ländlichen Gebieten ist es knapp jeder Zweite (47 Prozent). Selbstständige (36 Prozent) und Ruheständler (35 Prozent) sehen die Situation dabei etwas entspannter als etwa Berufstätige in Vollzeit (41 Prozent).

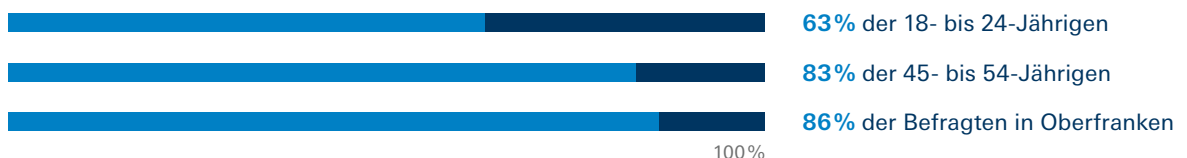


3/4

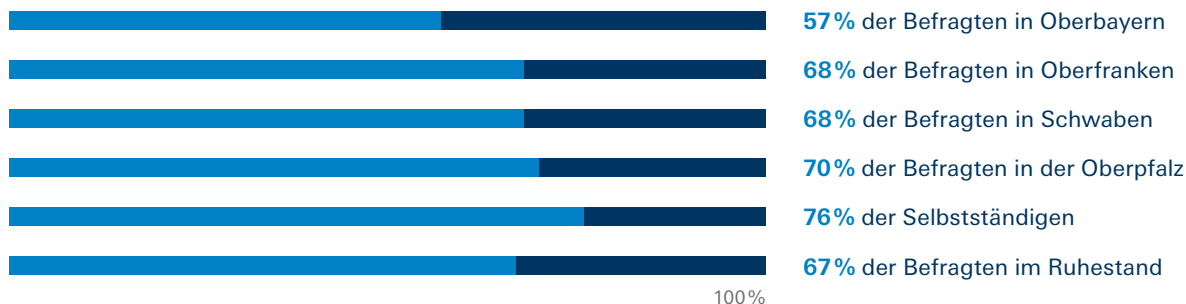
**Mehr als drei Viertel aller befragten Bürger (77 Prozent)** fordern, dass mehr für die Schaffung und Erhaltung lokaler Arbeitsplätze im ländlichen Raum getan werden muss. Obwohl die Zustimmung erwartungsgemäß in Kleinstädten (80 Prozent) und im ländlichen Raum am höchsten ist (81 Prozent), kommt auch aus den Städten starke Unterstützung (mittelgroße Städte 73 und Großstädte 75 Prozent).



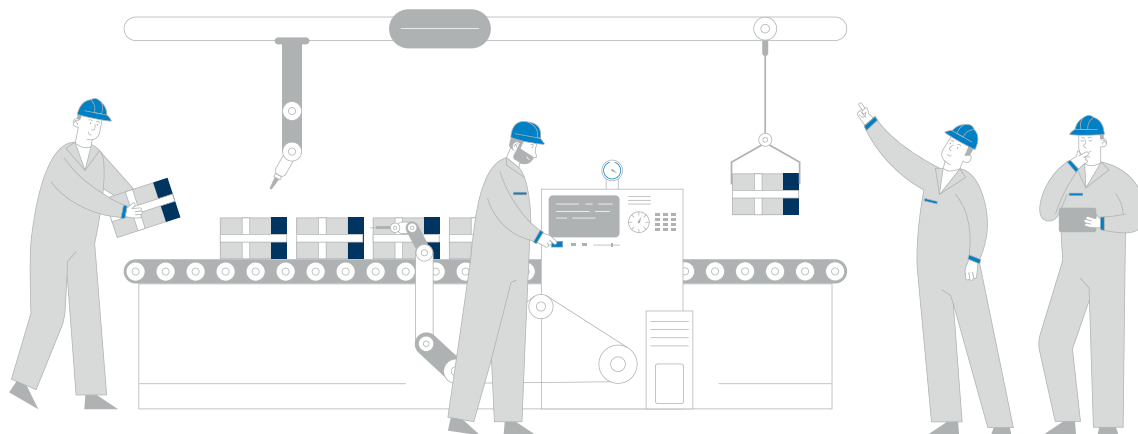
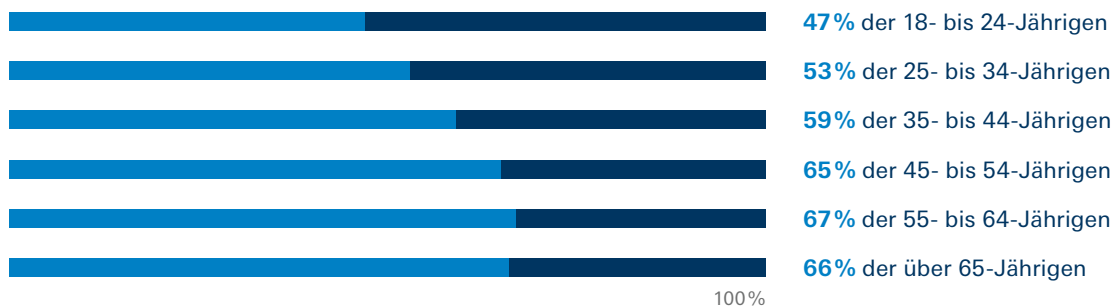
Hier zeigen sich erwartungsgemäß hinsichtlich des Alters der Befragten gewisse Unterschiede. So stimmen lediglich 63 Prozent der 18- bis 24-Jährigen dieser Forderung zu, bei den 45- bis 54-Jährigen liegt der Anteil jedoch bei 83 Prozent. In Oberfranken ist hierbei der Zustimmungswert mit 86 Prozent von allen Regierungsbezirken am höchsten.



**Über die Hälfte (60 Prozent)** der Befragten drückt sehr starke Zustimmung dafür aus, dass lokale Arbeitgeber stärker gefördert werden sollen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. In Oberbayern teilen lediglich 57 Prozent diese Überzeugung, wohingegen der Zustimmungswert in Oberfranken und Schwaben jeweils 68 Prozent und in der Oberpfalz sogar 70 Prozent beträgt. Selbstständige (76 Prozent) und Menschen im Ruhestand (67 Prozent) stimmen hier ebenfalls besonders stark zu.



Bei der Altersverteilung zeigt sich hier ein deutliches Gefälle zwischen jungen und älteren Umfrageteilnehmenden. Es stimmen sehr stark zu:



### Unterschiedliche Perspektiven auf die Gewerbeentwicklung:

1/3

**Mehr als ein Drittel (36 Prozent)** der Befragten ist überzeugt, dass die Erschließung von neuen Gewerbegebieten die Lebensqualität aller Bürger im Einzugsgebiet verbessert. In Oberfranken sieht das sogar fast jeder Zweite so (46 Prozent). Auch zwischen Jung und Alt gibt es hier erhebliche Unterschiede. Während bei den 18- bis 24-Jährigen lediglich 19 Prozent diese starke Überzeugung vertreten, sind es bei den 55- bis 64-Jährigen mehr als doppelt so viele (42 Prozent).

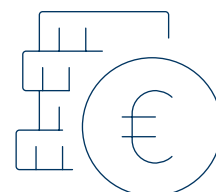


Die Botschaft ist eindeutig: Ohne wirtschaftliche Perspektiven und Arbeitsplatzsicherheit kann auch die beste Verwaltung eine adäquate Lebensqualität ihrer Bürger nicht gewährleisten. Der ländliche Raum benötigt dabei besondere Aufmerksamkeit und gezielte Fördermaßnahmen. Insbesondere, da die Wirtschaftsleistung in Bayern<sup>4</sup> im ersten Halbjahr 2025 bereits etwas schlechter ausfiel als in Gesamtdeutschland. Bereinigt um die Preisentwicklung nahm das Bruttoinlandsprodukt hier real um 0,4 Prozent ab. Im gleichen Zeitraum wurde national ein Wert von 0,0 Prozent ermittelt. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)<sup>5</sup> ist hier exemplarisch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

<sup>4</sup> <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/pm269/index.html>

<sup>5</sup> <https://www.stmelf.bayern.de/service/presse/pm/2025/start-der-neuen-eler-foerderrunde-in-bayern/index.html>

# 6. Forderung nach Förderung



## Ungenutztes Potenzial durch fehlende Expertise

Ein erheblicher Teil der Bürger sieht Defizite bei der Erschließung von Fördermitteln und der Unterstützung lokaler Akteure:

### Förderkompetenzen als Schwachstelle:

1/2

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der befragten Bürger stimmen der Aussage zu, dass ihre Gemeinden viel mehr Zuschüsse und Fördermittel erhalten könnten, es hierfür aber anscheinend an den nötigen Kompetenzen fehlt. In Schwaben stimmen dem nur 46 Prozent zu.



Die zwei befragten Altersgruppen zwischen 25 und 34 Jahren (57 Prozent) und zwischen 35 und 44 Jahren (58 Prozent) zeigen die höchste Zustimmungsrates. Bei den ältesten Teilnehmenden (ab 65 Jahren) sind es nur 40 Prozent.



53%

**Ebenfalls mehr als die Hälfte der Befragten in Bayern (53 Prozent)** stimmen der Aussage zu, dass lokale Unternehmen sehr wenig Unterstützung bekommen, wenn es um mögliche Förderung oder finanzielle Zuschüsse geht. Die Kritik ist in Niederbayern und Mittelfranken mit einer Zustimmungsrate von 55 Prozent am größten. Auch hier gibt es hinsichtlich des Alters der Befragten deutliche Unterschiede.



Besonders deutliche Unterschiede zeigen sich, wenn man die Top-3-Zustimmungswerte auf einer Skala von 1–10 betrachtet: Während nur 29 Prozent der 18- bis 24-Jährigen dieser Kritik stark beipflichten, sind es bei den 45- bis 54-Jährigen 41 Prozent. Beschäftigte in Teilzeit stimmen in diesem Punkt mit 45 Prozent am häufigsten zu, bei den Schülern, Studierenden und Auszubildenden ist es nur jeder Vierte (25 Prozent).



Diese Zahlen deuten darauf hin, dass erhebliches Potenzial ungenutzt bleibt. Verwaltungen könnten durch bessere Kenntnis von Förderprogrammen und eine professionellere Antragstellung mehr Ressourcen für ihre Gemeinden mobilisieren. Gleichzeitig müssen Mitarbeiter für die Herausforderungen der modernen Verwaltung qualifiziert werden.

# 7. Klimaschutz und Umweltthemen



## Moderater Handlungsdruck in allen Regionen

Umwelt- und Klimathemen werden zwar wahrgenommen, rangieren aber nicht an oberster Stelle der Prioritäten:

**Mehr als ein Drittel (39 Prozent)** aller Teilnehmenden ist davon überzeugt, dass vor Ort mehr getan werden müsste, um das Klima zu schützen. In Oberfranken ist diese Überzeugung am wenigsten ausgeprägt (28 Prozent), in der Oberpfalz am stärksten (44 Prozent).



Insgesamt zeigt sich bei diesem Thema ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: während in großen und mittelgroßen Städten jeweils 44 Prozent diese Forderung stark unterstützen, sind es in Kleinstädten (37 Prozent) und im ländlichen Raum (31 Prozent) bedeutend weniger. Bemerkenswert sind hier die beiden Altersgruppen mit der höchsten Zustimmungsrate, nämlich sehr junge Menschen (Schüler, Studierende und Auszubildende) mit 50 Prozent und Bürger im Ruhestand mit 47 Prozent. Der Wunsch nach deutlich mehr ökologischem Engagement von Seiten der Behörden ist also ganz offensichtlich generationenübergreifend.



1/3

**Fast ein Drittel (30 Prozent) der Befragten ist der starken Auffassung**, dass es zu wenig behördliche Unterstützung für die vom Klimawandel betroffenen Gebiete in Bayern gibt. In Niederbayern vertreten diese Meinung 38 Prozent, in Oberfranken hingegen lediglich jeder Fünfte (20 Prozent). Die Zustimmungsrate steigt auch mit dem Alter der Befragten – mit 29 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen und 38 Prozent bei den über 65-Jährigen. In mittelgroßen Städten liegt die Zustimmungsrate hier mit 36 Prozent deutlich höher als in ländlichen Gebieten (26 Prozent).



**Nahezu jeder Fünfte (17 Prozent)** der teilnehmenden Bürger nennt umweltrechtliche und umwelttechnische Themen als eine der wichtigsten Herausforderungen ihrer Verwaltung. Für die jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren ist dieser Punkt mit 26 Prozent einer der wichtigsten.



Diese Zahlen zeigen: Klimaschutz ist ein relevantes, aber nicht das dominierende Anliegen. Die Erwartungen richten sich stärker auf wirtschaftliche Perspektiven, Arbeitsplätze und transparente Kommunikation.



# 8. Weitere Verwaltungsthemen

## Breites Spektrum an Anliegen und Erwartungen

Neben den bereits genannten Schwerpunkten erachten die Wahlberechtigten in Bayern weitere Bereiche wie folgt als besonders wichtige Herausforderungen für ihre lokale Verwaltung (Mehrfachnennungen waren hier möglich):

### Sozialwesen und Bürgerdienste:

**Mehr als ein Drittel (36 Prozent)** der Umfrageteilnehmenden sieht in diesem Bereich eine besonders wichtige Herausforderung für lokale Verwaltungen, wobei es auch hier regionale Unterschiede gibt. Während in Mittelfranken 43 Prozent der befragten Bürger diese Dienste als wichtige Herausforderung ansehen, trifft das nur auf je 31 Prozent in Unterfranken und der Oberpfalz zu. Im Stadt-Land-Vergleich werden diese Dienstleistungen vor allem von Großstädtern als Herausforderung angesehen (40 Prozent), verglichen mit nur 33 Prozent der Landbewohner.



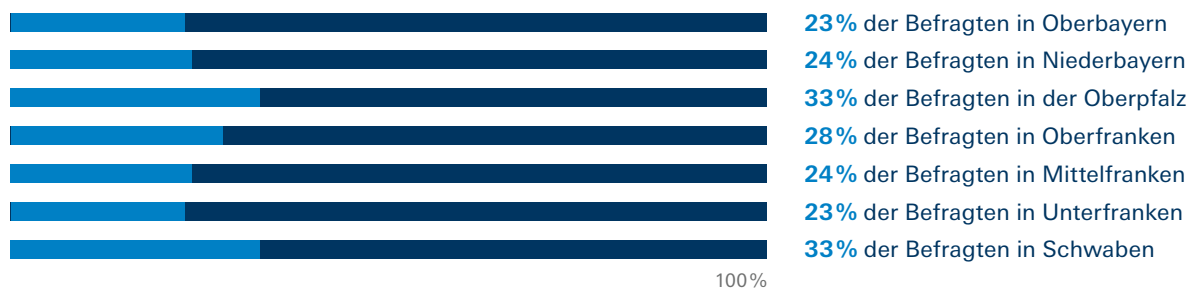
### Finanz- und Haushaltswesen:

**Nahezu ein Drittel (31 Prozent)** erachtet diese Aufgaben als wichtige Herausforderung für ihre lokale Verwaltung, allen voran im ländlichen Raum mit 36 Prozent. Wesentlich mehr Männer (36 Prozent) als Frauen (25 Prozent) sehen diesen Bereich als wichtige Herausforderung. Darüber hinaus zeigen die einzelnen Regierungsbezirke teilweise recht deutlich Unterschiede:



### Zusammenarbeit der Behörden:

**Etwas mehr als ein Viertel (26 Prozent)** der Befragten sieht eine bessere Kooperation zwischen den verschiedenen Verwaltungsbereichen und -ebenen als wichtige Herausforderung. Personen im Ruhestand (16 Prozent) und Schüler, Studierende und Auszubildende (14 Prozent) ordnen diesen Punkt am seltensten als wichtig ein, die Altersgruppe von 55 bis 64 am häufigsten (31 Prozent). Auch bei den einzelnen Regierungsbezirken fallen Unterschiede auf:



### Sicherheitsrecht und Ordnungswesen:

**Ebenfalls 26 Prozent der Befragten** sehen in diesem Bereich eine wichtige Herausforderung für die lokale Verwaltung, wobei auch hier die Werte in den einzelnen Regierungsbezirken zum Teil deutlich voneinander abweichen:

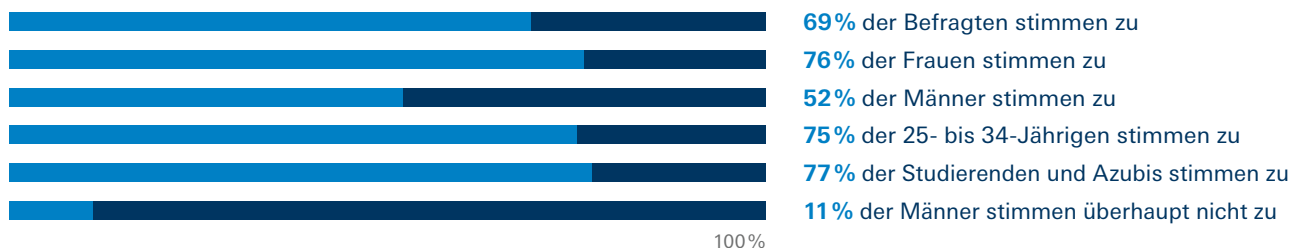


**Mittelgroße Städte stechen mit 35 Prozent hervor**, und auch bei den Berufsgruppen gibt es deutliche Unterschiede. Während von den befragten Berufstätigen in Vollzeit 29 Prozent diese Verwaltungsaufgaben als besonders wichtig erachten, sind es bei den Selbstständigen lediglich 13 Prozent.



**Gleichstellung (ohne Mehrfachnennungen):**

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Umfrageteilnehmenden ist es besonders wichtig, dass in ihrer Verwaltung Frauen und Männer als Mitarbeitende gleichgestellt sind, wobei Frauen hier mit 76 Prozent deutlich häufiger zustimmen als Männer mit 62 Prozent. Jeder zehnte befragte Mann in Bayern (11 Prozent) stimmt dieser Aussage überhaupt nicht zu. Etwas überraschend ist die Tatsache, dass nicht die jüngsten Teilnehmer nach Alter am häufigsten zustimmen, sondern die 25- bis 34-Jährigen (mit 75 Prozent). Bei den Studierenden und Auszubildenden sind es dann aber sogar 77 Prozent.



**Diese Vielfalt an Themen unterstreicht: Moderne Verwaltung muss auf mehreren Ebenen gleichzeitig Leistung erbringen.**



# 9. Konkrete Wünsche der Bürger

## Freitextantworten zeigen Handlungsbedarf

In der Umfrage konnten die Wahlberechtigten, die ihrer Meinung nach dringendsten Themen für die Verwaltung frei benennen. Die häufigsten Antworten überraschen nicht:

	<p><b>Digitalisierung</b> Schnellere, effizientere digitale Prozesse.</p>
	<p><b>Transparenz und mehr Kommunikation</b> Bürger wollen verstehen, was passiert.</p>
	<p><b>Schnellere Abläufe</b> Weniger Wartezeiten und effizientere Bearbeitung.</p>
	<p><b>Flexiblere Öffnungszeiten</b> Anpassung an Lebensrealitäten der Bürger.</p>
	<p><b>Mehr Bürgernähe und Zusammenarbeit</b> Dialog statt Einbahnstraßenkommunikation.</p>

Diese Wünsche ziehen sich als roter Faden durch alle Themenbereiche und zeigen: Die Bürger erwarten eine Verwaltung, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert, erreichbar ist und transparent kommuniziert.

# Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Umfrage zeichnet ein differenziertes Bild der Erwartungen wahlberechtigter Bürger in Bayern an ihre kommunale Verwaltung. Die hohe Zufriedenheit von 89 Prozent mit bestehenden Behördenkontakten zeigt: Die Grundlage ist solide. Gleichzeitig formulieren die Befragten klare Erwartungen in mehreren zentralen Bereichen.

## Zentrale Handlungsfelder:

### 1. Kommunikation und Transparenz ausbauen:

Als meistgenannte Herausforderung (39 Prozent aller Nennungen) muss der Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern intensiviert werden. Bürger wollen verstehen, wie Entscheidungen zustande kommen und welche Angebote verfügbar sind.

### 2. Wirtschaftliche Perspektiven stärken:

Ganze 77 Prozent der Befragten stimmen zu, dass mehr für die Schaffung und Erhaltung lokaler Arbeitsplätze im ländlichen Raum getan werden muss. Die lokale Verwaltung sollte deshalb aktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

### 3. Förderkompetenzen professionalisieren:

52 Prozent sehen ungenutztes Potenzial bei Fördermitteln. Verwaltungen müssen sich und ihre Mitarbeitenden qualifizieren, um verfügbare Ressourcen optimal für ihre Gemeinden zu erschließen.

### 4. Digitalisierung bürgerfreundlich gestalten:

65 Prozent der befragten Bürger wollen ihre Anliegen online erledigen können. Fast die Hälfte der Befragten (49 Prozent) würden sogar bei der Wahl einen Lokalpolitiker bevorzugen, der sich für die Digitalisie-

rung der Verwaltung einsetzt. Die digitale Transformation muss aber behutsam erfolgen (oder: für alle Bürger nutzbar gemacht werden): 24 Prozent fühlen sich bereits überfordert. Begleitende Unterstützungsangebote sind deshalb unerlässlich.

### 5. KI transparent und sicher einsetzen:

70 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten stehen neuen Technologien grundsätzlich positiv gegenüber, ganze 75 Prozent fordern jedoch absolute Transparenz beim KI-Einsatz in ihrer lokalen Verwaltung. Fast der Hälfte (48 Prozent) der Befragten macht der Gedanke, sich bald nur noch auf Technologie und KI verlassen zu müssen, sogar Angst. Vertrauen entsteht durch offene Kommunikation und nachweisbare Sicherheitsmaßnahmen.

### 6. Service und Erreichbarkeit verbessern:

55 Prozent beklagen unpassende Öffnungszeiten. Eine moderne Verwaltung muss sich an den Lebensrealitäten der Bürger orientieren – durch flexible Zeiten, digitale Alternativen und schnellere Abläufe.

### 7. Gleichstellung verwirklichen:

Für 75 Prozent ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung besonders wichtig. Staatliche Behörden werden auch an ihrer internen Kultur gemessen.

Die Befragung zeigt zudem deutlich, dass Bürgermeister vor allem Zweck- und Lösungsorientierung als zentrale Kompetenz ihrer Verwaltungsmitarbeiter sehen:

„Wir denken oft zu theoretisch. Wir brauchen pragmatisches Entscheiden“, bringt es ein Bürgermeister aus der Oberpfalz auf den Punkt.

In den nächsten Jahren verabschieden sich die sogenannten „Babyboomer“ aus dem Arbeitsleben und hinterlassen auch im öffentlichen Dienst eine große Lücke. Davor warnt auch ein Bürgermeister aus Unterfranken:

„In den nächsten Jahren verlieren wir viele erfahrene Kräfte gleichzeitig.“

Diese Entwicklung spiegelt sich in den dringendsten Bildungswünschen der Kommunen wider: Von Bürgerkommunikation und Deeskalation über Change-Management bis hin zu KI-Kompetenzen zieht sich der Wunsch nach praxisnahen, anwendbaren Lösungen und mehr Flexibilität wie ein roter Faden durch alle Themenfelder. Durch Digitalisierung, Automatisierung und entsprechend qualifizierte Nachwuchskräfte könne man, so die Einschätzungen, dem drohenden Personalmangel entgegenwirken.

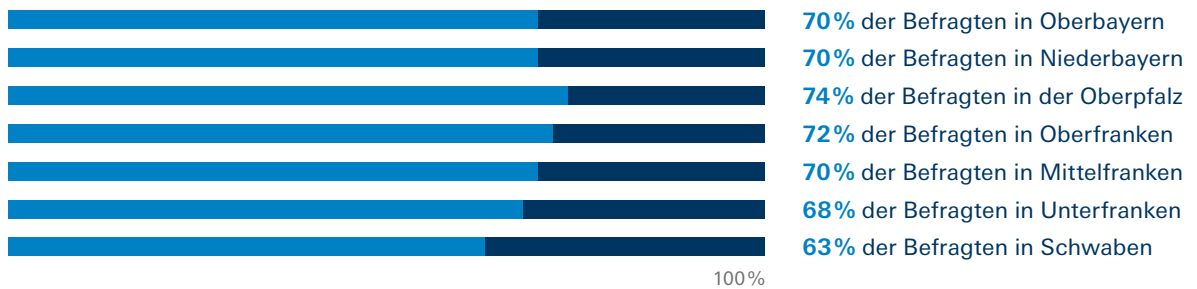
**Die Kernbotschaft:** Verwaltungen müssen auf mehreren Ebenen gleichzeitig Leistung erbringen. Weder Digitalisierung noch wirtschaftliche Förderung oder Klimaschutz sollten dabei isoliert betrachtet werden. Erfolgreiche kommunale Verwaltung entsteht im Zusammenspiel all dieser Faktoren – verbunden durch transparente Kommunikation, hohe Kompetenz und echte Bürgernähe. Das verändert auch das Berufsbild: Gefragt sind künftig weniger Spezialisten für Einzelaufgaben, sondern Generalisten mit Empathie und Entscheidungskompetenz – Mitarbeitende, die vom reinen Abarbeiten zur moderierenden Gestaltung wechseln.



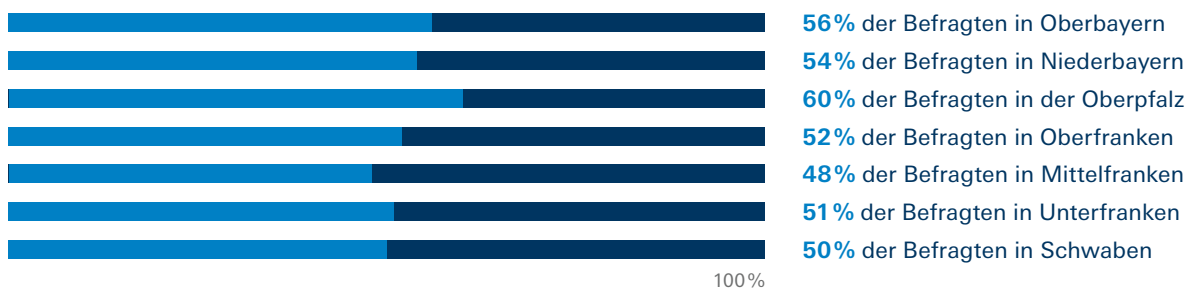
# Regionale Spitzenwerte

Die Bewertung der wichtigsten Kernfragen in den bayerischen Regierungsbezirken:

## Starke Zustimmung zur Digitalisierung und dem Einsatz von KI



**Solides Vertrauen in die Chancen** einer kompetenten Nutzung Künstlicher Intelligenz für einen effektiven Ausbau der Infrastruktur:



**Positive Zustimmung zu der Aussage**, dass eine transparente Kommunikation mit den Bürgern die wichtigste Herausforderung für lokale Verwaltungen darstellt (Mehrfachnennungen möglich):



# Spitzenwerte in Bayerns Regierungsbezirken



## Oberbayern

### Hohe Zufriedenheit mit Verwaltung und Standort

Die Bürger in Oberbayern zeigen sich im bayernweiten Vergleich in einigen Bereichen besonders zufrieden mit ihrer Verwaltung und den regionalen Rahmenbedingungen.

#### Spitzenwerte:

**Lediglich 51 Prozent** der Befragten in Oberbayern äußern Kritik an Öffnungszeiten und verfügbaren Terminen bei ihrer lokalen Behörde. Dies stellt im bayernweiten Vergleich den niedrigsten Wert dar.



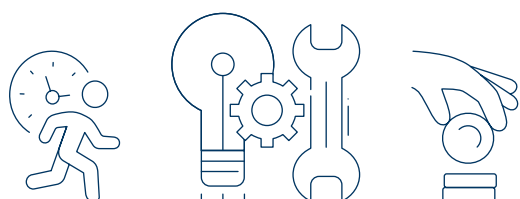
**Nur 36 Prozent** nehmen hier sinkende Jobchancen wahr – gemeinsam mit Unterfranken ist dies der niedrigste Wert im Freistaat.



**Weniger als ein Drittel (31 Prozent)** der Befragten in diesem Regierungsbezirk sind der festen Überzeugung, dass lokale Unternehmen hinsichtlich Förderung oder finanzieller Zuschüsse sehr wenig Unterstützung bekommen – bayernweit der niedrigste Wert.



**Einordnung:** Oberbayern zeigt ein stabiles Meinungsbild mit tendenziell positiver Bewertung administrativer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Tatsächlich weist der Regierungsbezirk im bayerischen Vergleich mit einem Wert von 73.528 Euro pro Kopf für das Jahr 2023 das höchste BIP pro Einwohner auf.<sup>6</sup>



## Niederbayern

### Deutliche Erwartungen an Politik und Verwaltung



In Niederbayern äußern die Bürger im bayernweiten Vergleich die stärksten Forderungen nach politischer Unterstützung bei zentralen Zukunftsthemen.

#### Spitzenwerte:

**Fast jeder zweite Befragte in Niederbayern (45 Prozent)** wünscht sich nachdrücklich eine stärkere Förderung lokaler Unternehmen. Das ist der höchste Wert in Bayern.



**Mehr als jeder dritte (38 Prozent)** Befragte in Niederbayern äußert sich sehr kritisch zur geringen behördlichen Unterstützung für die vom Klimawandel betroffenen Gebiete in Bayern. Dies ist der Höchstwert im Vergleich aller Regierungsbezirke.



**Mehr als die Hälfte (53 Prozent)** der Umfrageteilnehmer in Niederbayern fordert, dass die Politik viel mehr tun sollte, um die Digitalisierung der gesamten Verwaltung voranzutreiben – auch das ist der Höchstwert im Freistaat.



**Einordnung:** Die Ergebnisse zeigen einen ausgeprägten Handlungsbedarf aus Bürgersicht: Niederbayern artikuliert besonders deutlich den Wunsch nach mehr Wirtschaftsförderung, Maßnahmen zur Anpassung an die bereits eingetretenen oder unvermeidbaren Folgen des Klimawandels und nach digitaler Modernisierung der Verwaltung.





## Oberpfalz Digitalisierungsvorreiter mit klaren Erwartungen

Die Oberpfalz steht nahezu allen technologiebezogenen Themen vergleichsweise offen gegenüber. Gleichzeitig wird Transparenz zum Einsatz von KI in Verwaltung und Politik besonders stark eingefordert.

### Spitzenwerte:

**Knapp drei Viertel (74 Prozent)** der Oberpfälzer Befragten beschreiben ihre grundsätzliche Einstellung zur Digitalisierung und dem Einsatz von KI als positiv. Das ist der höchste Wert in Bayern.



Auch hinsichtlich des Vertrauens in die Chancen einer kompetenten Nutzung von Künstlicher Intelligenz für den Ausbau der Infrastruktur liegt die Oberpfalz mit **60 Prozent** an der Spitze.



Bei der Forderung nach umfassender Information über den Einsatz von KI ist dieser Regierungsbezirk mit **80 Prozent** ebenfalls bayernweit führend.



Der Anteil derjenigen, die mehr lokale Klimaschutzmaßnahmen fordern, ist mit **44 Prozent** der höchste im Freistaat.



Mit **38 Prozent** liegt hier das Sicherheitswesen als wichtige Herausforderung für ihre lokale Verwaltung ebenfalls an der Spitze.



**Knapp die Hälfte der Befragten in der Oberpfalz (48 Prozent)** wünschen sich flexiblere Öffnungszeiten. Damit liegt dieser Regierungsbezirk an der Spitze aller Regionen.



**Einordnung:** Die Oberpfalz kombiniert große Technologieoffenheit mit hohen Transparenzansprüchen und konkreten Verbesserungswünschen bei Verwaltungsservices, Sicherheit und Klimaschutz – ein anspruchsvolles Bürgerprofil, das Modernisierung aktiv einfordert.

## Oberfranken

### Fokus auf Transparenz und wirtschaftliche Entwicklung



Die Befragten in Oberfranken artikulieren bayernweit die deutlichsten Forderungen nach politischer Transparenz und wirtschaftlicher Stärkung des ländlichen Raums.

#### Spitzenwerte:

**Mit 72 Prozent fordern** bayernweit die meisten Befragten in Oberfranken mehr Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen.



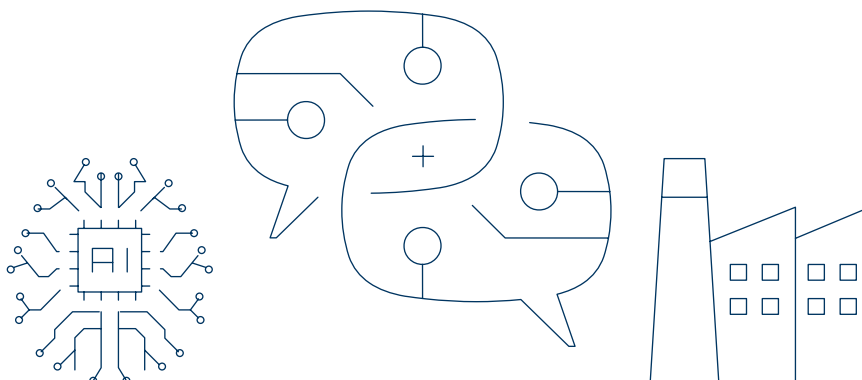
**86 Prozent** der Befragten erwarten in diesem Regierungsbezirk die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im ländlichen Raum – bayernweit die stärkste Ausprägung.



**Mehr als jeder zweite Befragte (57 Prozent)** sieht hier neue Gewerbegebiete als wichtigen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität aller Bürger im Einzugsgebiet – mehr als in jedem anderen Regierungsbezirk.



**Einordnung:** Die Ergebnisse spiegeln die Prioritäten einer Region wider, die strukturelle Herausforderungen mit konkreten Entwicklungsstrategien begegnen will: mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen, gezielter Ausbau der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und aktive Ansiedlungspolitik.





## Mittelfranken

### Fokus auf Förderkompetenz und Sozialverwaltung

In Mittelfranken zeigen sich spezifische Schwerpunkte bei den Erwartungen an die öffentliche Verwaltung.

#### Spitzenwerte:

Die ausdrückliche Forderung nach besserer Fördermittelkompetenz erreicht bei den in Mittelfranken Befragten mit **43 Prozent** den höchsten Wert in Bayern.



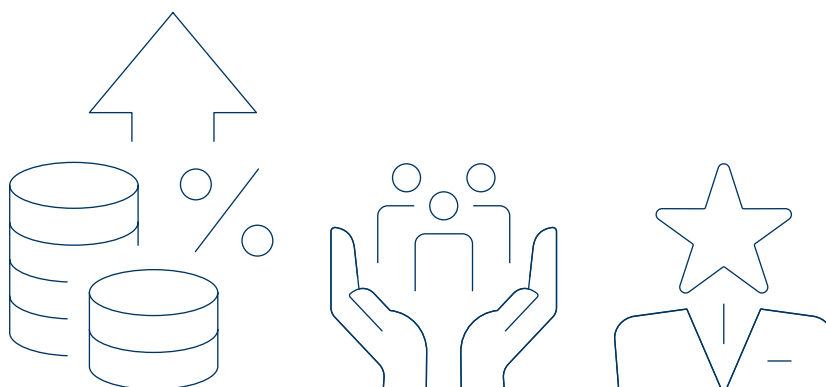
Der Bereich Sozialwesen und Bürgerdienste ist für die Bürger in Mittelfranken ein größeres Verwaltungsthema als in jedem anderen Regierungsbezirk (**43 Prozent**).



Gemeinsam mit Unterfranken bildet der starke Wunsch nach Förderung digitaler Kompetenzen in der Verwaltung hier mit **55 Prozent** den Spitzenwert aller Regionen.



**Einordnung:** Die Befragten in Mittelfranken legen besonderen Wert auf kompetente Beratung bei Fördermitteln, eine funktionierende Sozialverwaltung und digital qualifiziertes Verwaltungspersonal.





## Unterfranken

### Gelassenheit bei Digitalisierung trotz geringer Nutzung

Unterfranken zeigt ein widersprüchliches Bild bezüglich digitaler Dienste: geringe Sicherheitsbedenken und eine hohe Kompetenz stehen einer niedrigen tatsächlichen Nutzung gegenüber.

#### Spitzenwerte:

**Lediglich etwas mehr als ein Viertel der Befragten in Unterfranken (28 Prozent)** macht sich wirklich Sorgen, dass die Digitalisierung die Sicherheit ihrer Daten gefährdet – der geringste Wert im Vergleich der bayerischen Regierungsbezirke.



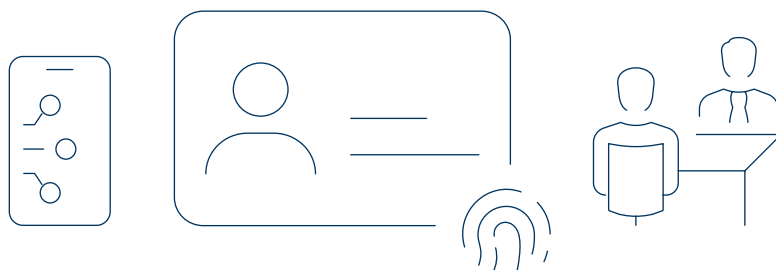
**Die Hälfte der Umfrageteilnehmer in Unterfranken (50 Prozent)** hat mit dem Wechsel zu immer mehr digitalen Behördendiensten keinerlei Schwierigkeiten. Das ist der höchste Wert bei dieser Frage.



Der Anteil der Bürger, die nie digitale Angebote der Verwaltung nutzen, ist in Unterfranken mit **21 Prozent** am höchsten, hier werden aber auch die wenigsten digitalen Dienste angeboten (10 Prozent haben gar keinen Zugang zu digitalen Services).



**Einordnung:** Die Daten zeigen, dass in Unterfranken weniger Berührungspunkte mit digitalen Verwaltungsdiensten bestehen, diese aber gleichzeitig vergleichsweise selten genutzt werden – auch da das Angebot aktuell noch nicht zur Nachfrage passt.





## Schwaben

### Zufriedenheit mit Verwaltungsstrukturen bei vorsichtiger Haltung zur Digitalisierung

Schwaben zeigt sich teilweise zufrieden mit bestehenden Verwaltungskompetenzen, nimmt aber bei der Digitalisierung eine zurückhaltende Position ein.

#### Spitzenwerte:

**Nur 45 Prozent** der Befragten in Schwaben nehmen Kompetenzmängel hinsichtlich der Sicherung höherer Zuschüsse und Fördermittel für Gemeinden wahr. Dies ist bayernweit der niedrigste Wert.



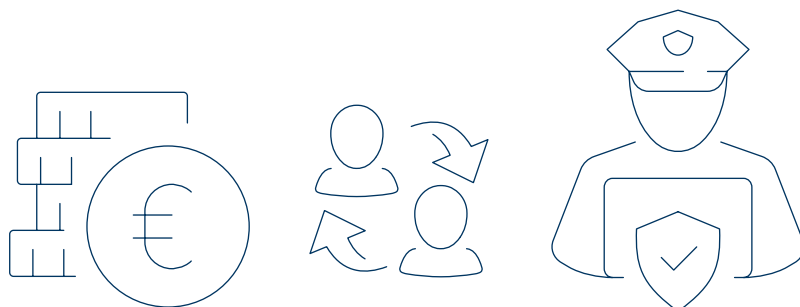
**Lediglich 20 Prozent** der Befragten in Schwaben erachtet die behördenübergreifende Zusammenarbeit als wichtige Herausforderung – der niedrigste Wert im Freistaat.



Die Wahlberechtigten in Schwaben zeigen sich im bayernweiten Vergleich als besonders bedacht und abwägend hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Digitalisierung und dem Einsatz von KI. **Nur 63 Prozent** zeigen sich hier generell positiv.



**Einordnung:** Die Befragten in Schwaben sehen weniger Handlungsbedarf bei Fördermittelkompetenz und Verwaltungskooperation, und stehen digitalen Technologien vergleichsweise skeptisch gegenüber.







**Bayerische Verwaltungsschule (BVS)**

Ridlerstr. 75, 80339 München

Telefon 089 54057-0

[www.bvs.de](http://www.bvs.de)

**Vorstand**

Hans-Christian Witthauer (V.i.s.d.P.)

**Kundenservice**

[kundenservice@bvs.de](mailto:kundenservice@bvs.de)

**Newsletter**

[www.bvs.de/newsletter](http://www.bvs.de/newsletter)

**Social Media**

[www.instagram.com/bayerische\\_verwaltungsschule](https://www.instagram.com/bayerische_verwaltungsschule)

[www.linkedin.com/company/bayerische-verwaltungsschule](https://www.linkedin.com/company/bayerische-verwaltungsschule)

[www.kununu.com/de/bayerische-verwaltungsschule](https://www.kununu.com/de/bayerische-verwaltungsschule)

**#ZukunftVerwaltung**